

Niederschrift zur 17. Sitzung des Ausschusses für Straßen-, Verkehrs- und Marktangelegenheiten am Dienstag, den 15. Dezember 2014 um 16.45 Uhr, zunächst am Treffpunkt Bahnübergang Borchshöhe, anschließend im Stadthaus Vegesack, Gerhard-Rohlf's-Straße 62, 28757 Bremen

Beginn: 16.45 Uhr
Ende: 19.10 Uhr

Vorsitzender: OAL Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Zilm

Tagesordnung:

1. Lärmbelästigungen durch die Nordwestbahn
2. Genehmigung der Niederschriften zur 15. Sitzung vom 29.7.2014 und zur 16. Sitzung vom 1. 9. 2014
3. Parksituation Lamkenberg/Tidemanstraße
4. Auswertung der Geschwindigkeitsmesstafel Lindenstraße
5. Sachstand Alte Hafenstraße
6. Bürgerantrag zur Beschilderung Auf dem Krümpel – Tempo 30
7. Bürgerantrag zur Verkehrssituation Schollenweg
8. Bürgerantrag Einrichtung einer Spielstraße Am Becketal
9. Zufahrt zum Fitness-Center Becketal
10. Verkehrsanordnungen des ASV
11. Aufstellung von Geschwindigkeitsmessenanlagen im Stadtteil
12. Verschiedenes

Anwesende Mitglieder:

Jäckel, Gabriele
Windheuser, Jochen
Neubronner, Tilman
Scharf, Detlef
Sonnekalb, Ralf
Sprehe, Heike
Buchholz, Rainer bis 17:25 Uhr
Csupor, Irene ab 17:25 Uhr

Es fehlt:

Kurt, Sabri

Sonstige Teilnehmer:

Herr Voß Polizeirevier Vegesack
Herr Hüsing BSAG
Herr Mathei ASV

Der Vorsitzende eröffnet den ersten Teil der Sitzung am Treffpunkt Bahnübergang Borchshöhe.

Tagesordnungspunkt 1

Lärmbelästigungen durch die Nordwestbahn

Anlass des Ortstermins ist es, sich vor Ort die Lärmbelästigung durch die Nordwestbahn anzuhören. Die Anwohner äußern aber, dass das Wetter ungünstig dafür sei, weil bei Regen und Feuchtigkeit die Züge eher leise sind.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Anwohner sich mit dem Zugverkehr abfinden müssen, aber dass das erklärte Ziel ist, die Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten. Er berichtet, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr sich bereits mit dem Problem beschäftigt und auch das Gesundheitsamt einschalten wird. Die Anwesenden hören sich an, wie zwei Züge vorbeifahren. Die Anwohner erklären, dass die Geräusentwicklung, wie sie sich darstellt, der Idealfall sei. So ruhig und leise ist es nur, wenn es regnet.

Der Vorsitzende eröffnet nochmals formell die 17. Sitzung des Ausschusses. Er stellt fest, dass die Tagesordnung form- und fristgerecht versandt wurde. Es liegen keine Änderungswünsche für die Tagesordnung vor, somit gilt sie als beschlossen.

Der Vorsitzende begrüßt Frau Csupor als neues Ausschussmitglied. Er bittet sie, die Verpflichtungserklärung zu unterzeichnen und heißt sie herzlich Willkommen.

Der Tagesordnungspunkt 1 wird fortgeführt.

Der Vorsitzende berichtet kurz von dem Ortstermin und wie die Wahrnehmungen vor Ort waren. Ein Anwohner, der einen Termin beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr hatte, wird gebeten von dem Gespräch zu berichten.

Der Anwohner berichtet, dass außerdem bei dem Gespräch zwei Vertreter der Nordwestbahn sowie zwei Vertreter der Farge-Vegesacker-Eisenbahn anwesend waren. Es wurde beschlossen, zu prüfen, ob die Nordwestbahn in den betroffenen Streckenabschnitten langsamer fahren kann, denn an den Wochenenden, wenn die Bahn langsamer fährt, treten nicht so starke Lärmbelastigungen auf. Die Farge-Vegesacker-Eisenbahn wird prüfen, ob eine stationäre Schienenschmieranlage installiert werden kann und wie hoch die Kosten sind. Es werden im Moment Unterschriften von betroffenen Anwohnern gesammelt.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Ergebnisse der Prüfungen abzuwarten. Er empfiehlt den Ausschussmitgliedern, sich bei trockenem Wetter die Züge nochmals anzuhören um sich einen Eindruck zu verschaffen.

Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 2

Genehmigung der Niederschriften zur 15. Sitzung vom 29.7.2014 und zur 16. Sitzung vom 1.9.2014

Die Niederschriften werden wie vorliegend genehmigt.

Tagesordnungspunkt 3

Parksituation Lamkenberg/Tidemanstraße

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Mathei vom ASV und führt kurz in das Thema ein. Er erinnert daran, dass der Beirat schon länger mit dieser Thematik beschäftigt ist. Im November 2013 hat der Verkehrsausschuss das ASV gebeten, einen Lösungsvorschlag zu unterbreiten um den Kindern einen sicheren Weg zum Kindergarten zu gewährleisten. Außerdem wurde der Umweltbetrieb um eine Stellungnahme gebeten. Der Vorsitzende verliest die Stellungnahme welche u.a. das ASV als zuständige Behörde benennt.

Das ASV schreibt, dass wegen der geringen Straßenbreite keine Parkplätze angelegt werden können. Es können jedoch auf dem 1,90 m breiten Grünstreifen auf der Straße Lamkenberg zwei bis drei allgemeine Behindertenparkplätze eingerichtet werden.

Ein Anwohner bedankt sich, dass die am Hafenspeicher parkenden Fahrzeuge nach langem hin und her verbannt wurden. Außerdem möchte er wissen, wo genau die Parkplätze eingerichtet werden sollen.

Herr Mathei erklärt, dass die Plätze Ecke Tidemanstraße- Lamkenberg geplant sind.

Ein weiterer Anwohner erklärt, dass gerade dort eine Garagenausfahrt auf der gegenüber liegenden Seite liegt und der Grünstreifen dort besonders schmal ist. Er hält es für günstiger die Plätze um 50 Meter zu verlegen.

Herr Mathei erinnert, dass die Straße an der Stelle rund 4,50 Meter breit ist und die Breite ausreicht, um ein- und auszufahren.

Der Anwohner ergänzt, dass in dem Streifen die Gas- und Stromleitungen liegen, die seien nicht zum überfahren gedacht.

Herr Mathei sagt zu, dies zu prüfen.

Frau Sprehe begrüßt, dass gerade für die mobilitätseingeschränkten Kinder dort Parkplätze eingerichtet werden. Sie erinnert, dass diese Parkplätze nur zu den Bring- und Abholzeiten genutzt werden, somit die Straßenbreite an der Garageneinfahrt kein Problem darstellen sollten.

Die Heimleiterin von Haus Windeck erklärt, dass das Parkplatzproblem mit dieser Maßnahme nicht gelöst ist.

Der Vorsitzende erinnert daran, dass es anderen Kitas ähnlich oder gar schlechter geht. Er glaubt nicht daran, dass die Eltern der Kita davon profitieren würden, wenn dort ein Parkstreifen angelegt werden würde.

Er schlägt vor, dass das Sozialressort mit der Kita gemeinsam prüfen sollte, ob es möglich ist, auf dem Kitagelände vor dem Eingangsbereich Parkplätze zu schaffen.

Frau Sprehe unterstützt den Vorschlag des Vorsitzenden und erinnert, dass es zu bestimmten Zeiten immer ein Verkehrschaos vor Kitas und Schulen gibt.

Einstimmiger Beschluss:

Um die Erreichbarkeit des Schwerpunktkindergartens Haus Windeck für mobilitätseingeschränkte Kinder zu verbessern wird das Amt für Straßen und Verkehr gebeten, im Bereich der Straße Lamkenberg zwei bis drei allgemeine Behindertenstellplätze einzurichten.

Tagesordnungspunkt 4

Auswertung der Geschwindigkeitsmesstafel Lindenstraße

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Hüsing von der BSAG. Herr Hüsing ist dafür zuständig, die Daten der Geschwindigkeitsmesstafeln auszuwerten.

Herr Hüsing berichtet von der Messanlage in der Lindenstraße. Es wurde festgestellt, dass dort sehr geringe Geschwindigkeitsüberschreitungen aufgezeichnet wurden. Die Geschwindigkeitsüberschreitungen haben einen Schnitt von 13% bis 15%, was für Bremen in einer 50er Zone sehr gering ist.

Frau Sprehe sieht das sehr positiv. Sie ergänzt, dass auch schon bei früheren Messungen festgestellt wurde, dass es sich um einzelne, aber große Überschreitungen handelt. Sie erklärt, dass die Anwohner die Geschwindigkeiten oft falsch einschätzen.

Herr Voß bestätigt die Aussage von Frau Sprehe. Einzelne Überschreitungen könnten auch Einsatzfahrzeuge oder Krankenwagen gewesen sein, dass müsste man entsprechend auswerten.

Herr Jacobi von der Aktionsgemeinschaft Lindenstraße bittet darum, diese Auswertung ausgehändigt zu bekommen. Dies wird ihm vom Vorsitzenden zugesagt.

Herr Jacobi, berichtet, dass Anwohner gerade nachts über die überhöhten Geschwindigkeiten klagen.

Herr Hüsing berichtet, dass einmal tatsächlich eine Geschwindigkeit von 157 KM/h gemessen wurde. Spitzengeschwindigkeiten werden vorwiegend nachts gemessen.

An einem Mittwoch gegen 13:00 Uhr wurde eine Geschwindigkeitsmessung von 139 KM/h festgehalten. Es ist kaum vorstellbar, dass da jemand nur aus Spaß solch eine Geschwindigkeit fährt.

Frau Sprehe erläutert, dass Herr Hildebrand früher die Messanlagen so eingerichtet hatte, dass es für Kraftfahrzeugfahrer keinen Reiz ausmachte den Tacho auszuprobieren, weil die Anlage auf 80 gedrosselt war. Sie hält es für ausreichend, die Anlagen so einzurichten um den Reiz des „Ausprobierens“ zu unterbinden.

Herr Neubronner fragt, ob sich auch Fehler eingeschlichen haben könnten, er bezweifelt, dass jemand am Tag dort so schnell unterwegs sein kann.

Herr Jacobi fragt an, ob man durch Einrichtung von Parkplätzen, auf den Grünflächen am Rande der Straße, eine Minderung der Geschwindigkeiten erreichen könnte. Er nennt verschiedene mögliche Standorte.

Frau Sprehe bezweifelt, ob die Einrichtung von Parkplätzen Abhilfe bringen würde.

Der Vorsitzende bittet Herrn Jacobi darum, seinen Antrag inkl. der möglichen Stellplätze, schriftlich zu formulieren.

Tagesordnungspunkt 5

Sachstand Alte Hafestraße

Der Vorsitzende führt in das Thema ein und verliest den Beschluss des Beirates vom 9. Oktober 2014. Herr Mathei wird gebeten zum Sachstand Alte Hafestraße zu berichten.

Herr Mathei berichtet, dass noch immer eine Haushaltssperre für „nicht verkehrsgefährdende Einrichtungen“ besteht. Die Haushaltssperre endet am 31.12.2014, anschließend kann die Anordnung erfolgen.

Herr Dornstedt erwidert, dass die Anordnung schon vorbereitet werden könnte, damit am 2. Januar die Schilder aufgestellt werden könnten.

Herr Mathei erklärt, dass das Aufstellen der Schilder nicht bei jedem Wetter möglich ist, aber im Januar sollte es klappen.

Die Frist für die Evaluation wird mit 12 Monaten ab Aufstellung der Schilder angesetzt.

Der Ausschuss nimmt dies zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 6

Bürgerantrag zur Beschilderung Auf dem Krümpel – Tempo 30

Der Vorsitzende verliest den Bürgerantrag vom 25.9.2014. Der Bürger wünscht eine bessere Auszeichnung der Straße Auf dem Krümpel mit Tempo 30 Hinweisen. Er nimmt wahr, dass dort Fahrzeuge mit bis zu 80 KM/h unterwegs seien. Er schlägt eine Fahrbahnbeschilderung vor.

Frau Sprehe erinnert daran, dass ganz Schönebeck eine Tempo 30 Zone ist. Dies wird lediglich durch Hinweise auf den Einfahrtsstraßen kenntlich gemacht. Sie bestätigt, dass dort hin und wieder schneller gefahren wird, aber in dieser Straße durch parkende Fahrzeuge eine Geschwindigkeitsreduzierung erzwungen wird. Sie schlägt vor, dort einmal eine Geschwindigkeitsmesstafel aufzustellen, um ein objektives Bild über die tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeiten zu bekommen.

Herr Sonnekalb vermutet, dass an dieser Stelle um die subjektive Wahrnehmung handelt und unterstützt den Vorschlag von Frau Sprehe.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Tagesordnungspunkt 11 sich mit der Geschwindigkeitsmessanlage beschäftigen wird, leider wird die Polizei die Anlage nicht mehr betreuen können.

Der Vorsitzende erinnert an den Antrag und bittet Herrn Mathei etwas dazu zu sagen.

Herr Mathei erläutert, dass in Tempo 30 Zonen keine Markierungen auf der Fahrbahn gemacht werden. Laut Straßenverkehrsordnung werden in 30er Zonen keine zusätzlichen Schilder aufgestellt und auch keine zusätzlichen Markierungen aufgebracht.

Herr Voss erinnert sich, dass dort schon wiederholt Geschwindigkeiten gemessen wurden und keine gravierenden Auswüchse festgestellt wurden. Bisher wurden auch keine besonderen Gefahrensituationen gemeldet.

Der Antragsteller erklärt, dass er die Verkehrssituation seit zwei Jahren beobachtet und die Durchschnittsgeschwindigkeit bei 50 bis 70 liegt.

Herr Scharf fragt, wie der Antragsteller diese Geschwindigkeiten gemessen hat. Dieser erwidert, dass er mit Hilfe von Entfernung und Stoppuhr die Geschwindigkeiten berechnet hat. Gerade zwischen 6 und 8 Uhr morgens wird diese Straße als Rennstrecke benutzt.

Herr Voß sagt zu, an dieser Stelle Geschwindigkeitskontrollen einzuplanen.

Der Antragsteller ist überzeugt, dass es Tempo 30 Zonen gibt, in denen auf den Straßen Markierungen aufgebracht wurden. Er wird dem Ausschuss Fotos vorlegen.

Herr Neubronner hält in der Straße Auf dem Krümpel solche Straßenmarkierungen für überflüssig, dort sei es klar, dass es sich um eine Tempo 30 Zone handelt. Im ganzen Stadtgebiet gibt es Autofahrer, die sich nicht an die Regeln halten.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 7

Bürgerantrag zur Verkehrssituation Schollenweg

Der Vorsitzende erklärt, dass ein Antrag vorliegt, den Schollenweg mit einer Verkehrsberuhigung zu versehen. Dieser Antrag wurde bereits im Ausschuss behandelt und die Antragsteller hatten sich in dieser Sitzung bereit erklärt, von den Anliegern des Schollenweges Zustimmung einzuholen.

Der Vorsitzende erläutert, dass bisher keine weiteren Zustimmungen vorliegen.

Frau Sprehe erinnert an die fehlenden Unterschriften der Anlieger und an die Probleme für die Müllabfuhr. Sie schlägt dem Ausschuss vor, von der Maßnahme Abstand zu nehmen.

Herr Sonnekalb unterstützt die Meinung von Frau Sprehe.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Ausschuss lehnt den Bürgerantrag einstimmig ab.

Tagesordnungspunkt 8 Bürgerantrag Einrichtung einer Spielstraße Am Becketal

Der Antragsteller erklärt, dass die Straße Am Becketal gerne als Abkürzung genommen wird. In der Straße wohnen zunehmend kleine Kinder. Er würde es begrüßen, wenn sich die Geschwindigkeiten in dieser Straße durch eine Beschilderung als Spielstraße deutlich absenken würden.

Hierzu die Rahmenbedingungen zur Einrichtung einer Spielstraße und Stellungnahme des Amtes für Straßen und Verkehr:

Ein „Verkehrsberuhigter Wohnbereich“ (im Volksmund: Spielstraße) wird am Beginn mit dem Verkehrszeichen 325 Straßenverkehrsordnung (StVO) kenntlich gemacht, am Ende eines solchen Bereiches steht das Verkehrszeichen 326 StVO.

Allerdings ist es mit dem Schild allein nicht getan.

Die einschlägige Verwaltungsvorschrift in § 42 StVO schreibt vor, dass sich eine solche Straße für die Verkehrsteilnehmer (vornehmlich den gesamten Fahrzeugverkehr) grundlegend vom umgebenden Straßennetz unterscheiden muss. Eine andere Betrachtungsweise wäre im Interesse der Verkehrssicherheit nicht zu verantworten.

Gefordert wird eine niveaugleiche Straßenanlage, d. h. es gibt keinen durch Bordsteine getrennten Gehweg (oder sonstige Nebenanlagen wie Radwege, Park- oder Grünstreifen) neben der Fahrbahn mehr, genauso wenig darf überall geparkt werde, sondern nur auf ausdrücklich gekennzeichneten Flächen, Bodenmarkierungen reichen aus.

Dadurch soll erkennbar werden, dass die Aufenthaltsfunktion für Menschen den Vorrang besitzt und auf der gemeinsamen Fläche sich Fußgänger aufhalten und Kinder spielen dürfen, z. B., indem Kfz.-Verkehr nur mit Schrittgeschwindigkeit zulässig ist, die Fußgänger dürfen den Fahrzeugverkehr aber auch nicht behindern. Im Ergebnis wird hier der Vorrang des Fußgängers - vor dem Fahrzeugverkehr - normiert. Auch das Umherfahren mit Kinderfahrrädern ist erlaubt. Gem. § 9 Abs. 3 StVO wird sogar vorgeschrieben, dass Fahrzeuge – wenn nötig – warten müssen.

Beispiele für solchermaßen angelegte Straßen sind etwa die Anne-Franck-Straße (die von vornherein so gebaut worden ist) in Findorff, die Straße An der Landruhe (ebenfalls als Neubau so angelegt) in Oberneuland oder der Schlehdornpfad (nachträglicher Umbau einer vorhandenen Straße) in Oberneuland.

Wegen der immensen Baukosten sind solche Straßen in Bremen meist nur bei Neubauten und nicht als Umbauten entstanden. Bei Umbauten stellt sich die Frage, ob Erschließungskosten in beachtlicher Höhe auf die Anlieger zukommen.

Der Antragsteller stellt fest, dass die Gegebenheiten vorliegen, es gibt keinen Kantstein und die Straße soll durch einen Investor neu gebaut werden. Sein Antrag gilt vom Schollenkamp bis hoch zur Waldschmiede.

Herr Scharf ist der Meinung, dass die Durchfahrten durch solch eine Maßnahme nicht verhindert werden. Außerdem muss geklärt werden, was mit den Anliegerkosten sei.

Herr Mathei erklärt, dass die Straße dort grob eine Breite von 3 m hat und ein Durchfahrtsverbot für Fahrzeuge besteht. Die Straße ist nur für Anlieger frei.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Begriff des Anliegers ein sehr dehnbarer ist. Es ist sehr schwer jemanden zu belangen, der dort durchfährt.

Er sieht die Möglichkeit, den Teil der Straße, der durch die Baumaßnahme erneuert werden soll, als Spielstraße auszubauen. Er gibt aber zu bedenken, dass der Antragsteller bisher der einzige Anwohner ist, der solche einen Antrag stellt. Es könne ja auch Anlieger geben, die diese Maßnahme ablehnen würden.

Der Antragsteller erklärt sich bereit, von den Anwohnern Unterschriften zu sammeln.

Frau Sprehe schlägt vor, dieses Anliegen in das Bebauungsplanverfahren einzubringen.

Herr Mathei erklärt, dass es möglich ist, nur einen Teil einer Straße als Spielstraße auszuweisen, es sei aber so nicht üblich.

Es wird einstimmig beschlossen, das ASV um Prüfung zu bitten, ob im Rahmen des Straßenausbaues in dem Neubaubereich eine Spielstraße angelegt werden kann.

Tagesordnungspunkt 9

Zufahrt zum Fitness-Center Becketal

Der Vorsitzende zeigt ein Luftbild zur Situation um das Fitness-Center Becketal.

Er verliest ein Schreiben von Anwohnern der Beckstraße. Der Anwohner klagt, dass immer mehr Durchgangsverkehr durch die Beckstraße geführt wird. Er bittet zu prüfen, ob eine ausschließliche Zuwegung des Parkplatzes des Fitness-Centers über den Gewerbepark von der Meinert-Löffler-Straße aus zu realisieren ist.

Eine Anwohnerin meldet sich zu Wort. Sie erklärt, dass die Interessen aller Anlieger abgewogen werden müssen, zumal der Verkehr durch die geplanten Baumaßnahmen noch steigen wird. Es dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass an der Stelle jedes Jahr Amphibienwanderungen stattfinden. Das sei bei den damaligen Planungen der Grund für die Schließung der Straße gewesen.

Sie schlägt eine Erschließung über die Friedrich-Schröder-Straße mit einem Fußweg vor.

Frau Sprehe erinnert, dass die Erfahrung zeigt, dass Sportler selten gerne zu Fuß gehen. Sie hält eine Öffnung der Straße im Moment nicht für angebracht und ist dafür, dass alles so bleibt, wie es ist.

Herr Sonnekalb würde eine Erschließung über den Parkplatz des Technologiezentrums bevorzugen und die Straße am Becketal so lassen wie sie ist.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Bürgerantrag abzulehnen.

Tagesordnungspunkt 10

Verkehrsordnungen des ASV

Es liegt eine Verkehrsanordnung (Zebrastreifen Aumunder Heerweg) vor, die auch schon umgesetzt wurde.

Der Vorsitzende fragt Herrn Mathei, was mit dem Zebrastreifen in der Hammersbecker Straße sei, der vom Beirat beschlossen wurde.

Herr Mathei bittet darum, die Anfrage an Herrn Kittlaus zu richten.

Tagesordnungspunkt 11

Aufstellung von Geschwindigkeitsmessenanlagen im Stadtteil

Der Vorsitzende berichtet, dass die Polizei die Geschwindigkeitsmessenanlagen, die vom Beirat angeschafft wurden, zurückgegeben hat. Der Polizei fehlen die Kapazitäten, die Geräte zu installieren.

Die Anbringung und Auswertung der Geschwindigkeitsmessenanlagen ist also im Moment nicht möglich.

Frau Sprehe bedauert sehr, dass die Polizei es nicht schaffen kann die Anlagen zu betreuen. Der Senator für Umwelt und Verkehr beschafft z.Zt. solche Anlagen und es stellt sich die Frage, ob der Senator für Umwelt und Verkehr die Anlagen betreuen kann.

Herr Voß erklärt, dass die Anbringung der Anlagen von der Leitung der Schutzpolizei u.a. aufgrund der haftungsrechtlichen Problematik kritisch gesehen wird. Diese Arbeiten gehören nicht zum Dienstauftrag von Verkehrssachbearbeitern zumal die Personaldecke immer dünner wird. Die Kollegen aus Blumental, Burglesum und Vegesack mussten sich schweren Herzens entscheiden, diese Aufgabe nicht mehr auszuführen.

Frau Sprehe erklärt nochmals, dass der Senator für Umwelt und Verkehr in die Pflicht genommen werden soll.

Der Vorsitzende schlägt vor, mit der Senatskanzlei Kontakt aufzunehmen, da alle Ortsämter betroffen sind. Außerdem sollte man die BSAG fragen, ob sie die Anlagen mit betreuen könnte.

Frau Sprehe schlägt vor, dieses Thema im Regionalausschuss zu behandeln.

Der Ausschuss stimmt den Vorschlägen einstimmig zu.

Tagesordnungspunkt 12

Verschiedenes

In der Friedrich-Schild-Straße ist ein Poller umgefahren worden. Ein Bürger bittet darum, den fehlenden Poller wieder aufzustellen.

Der Vorsitzende schlägt vor, das ASV zu bitten, den Poller wieder aufzustellen.

Der Ausschuss folgt dem Bürgerantrag.

Ein Bürger beklagt, dass Radwegführung an der Kreuzung Friedrich-Klippert-Straße / Herrmann-Fortmann-Straße sehr gefährlich sei, da die Markierungen nicht zu den Gegebenheiten passen. Die abgesenkten Bordsteinkanten sind im Zuge der Neuanlage hoch gepflastert worden, was für den Fahrradfahrer zu Gefahrensituationen führen kann.

Das ASV hat dazu schon Stellung genommen.

Das ASV wird provisorisch die Kanten mit einer Bitumenmasse auffüllen. Sobald die Witterung es zulässt, frühestens Ende März sollen geplanten Änderungen und die Markierungen ausgeführt werden.

Der Vorsitzende erinnert daran, dass eine Bürgerin die Änderung der Verkehrsführung in der letzten Beiratssitzung kritisiert hatte.

Das Umweltressort hat allgemein das Ziel, die Fahrradfahrer auf die Fahrbahn zu bringen. Um nicht immer nur theoretisch darüber zu reden, schlägt der Vorsitzende vor, sich die Situation mit allen Beteiligten vor Ort anzuschauen.

Dieser Vorschlag findet breite Zustimmung.

Frau Sprehe erinnert, dass am Kindergarten St. Willehard ein Schild Achtung Kinder aufgestellt werden sollte. Außerdem wurde das Ortsschild an der A270 noch nicht ausgetauscht.

Herr Mathei sagt zu, sich die Situation vor Ort anzuschauen.

Der Vorsitzende schließt um 19.10 Uhr die Sitzung.

Dornstedt
Vorsitzender

Zilm
Schriftführerin

Sprehe
Sprecherin